

TAGUNG
*„Mandat und Macht
Protestantismus inmitten politischer Herausforderungen“*
18./19. Januar 2019
Hamburg

**Bischöfliches Amt zwischen Öffentlichkeit und reformatorischem
Selbstverständnis**

Vortrag von Bischöfin Kirsten Fehrs, Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich auf dieser Tagung zu Gast sein kann – und dass ich mal ganz ungeniert 30 Minuten lang über mich selbst reden darf... „Bischöfliches Amt zwischen Öffentlichkeit und reformatorischem Selbstverständnis“ – es geschieht ja nicht so oft, dass ich Anlass habe, öffentlich über meinen Beruf – oder das Amt - nachzudenken. Also danke für diese Gelegenheit.

Bischöfliches Amt – Öffentlichkeit – reformatorisches Selbstverständnis. Vielleicht beginne ich mal mit dem kompliziertesten dieser drei Begriffe:

1. Dem bischöflichen Amt.

Denn dieses ist keineswegs so einfach zu bestimmen, wie es den Anschein hat. Das spiegelt sich schon in der Vielseitigkeit der Anfragen, die mich erreichen. Es ist ja nicht so, dass die Leute keine Wünsche an die Kirche hätten...Sie bitten mich darum, ihnen die Kirchensteuer zu erlassen, sie fordern die Aufnahme bestimmter Lieder ins Gesangbuch, sie verlangen, Kirchenasyle zu verbieten - oder auch, sie zu ermöglichen. Manche wollen ausgediente Kirchengebäude von mir kaufen, andere wollen, dass ich ihren Pastor maßregele, weil er nicht oder weil er bekenntnismäßig gepredigt habe. Die Absender und Absenderinnen tun das in dem guten Glauben, dass sie sich an die oberste Leitung der evangelischen Kirche in Hamburg oder sogar in Norddeutschland wenden. Und sie wundern sich, wenn ich ihnen antworte, dass ich ihren Wunsch leider nicht erfüllen kann. Denn Bi-„schöfin“ klingt zwar ein bisschen wie „Chefin“, aber das bin ich strenggenommen nur für die Mitarbeitenden in meiner Kanzlei. In allem anderen bin ich eingebunden in Gremien, Strukturen, kurz, in einen vielstimmigen Kirchenapparat. Und ich füge gleich hinzu: Das ist auch genau richtig so. Bischöfe in der evangelischen Kirche sind – ich zitiere unsere Nordkirchenverfassung: „... Pastorinnen und Pastoren, denen der leitende geistliche Dienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland übertragen ist.“ Pastorin bin ich also, mit einem recht umfassenden Dienst. Ausgestattet natürlich auch mit Macht, allerdings nicht mit der Macht der Weisung oder Anordnung, sondern allenfalls der Macht des Wortes und der Argumentation und Überzeugungskraft. Und dies innerhalb und mit einem präzisen Auftrag, dem ich im Bischofsamt verpflichtet bin, heißt es doch weiter in unserer Verfassung. „Die Bischöfinnen



und Bischöfe tragen in besonderer Weise Sorge für die Einheit und für das Wachstum der Kirche im Glauben und in der Liebe, für die ökumenische Gemeinschaft sowie für die Lehre und das Bekenntnis der Kirche.“ Wobei letzteres nicht heißt, dass die theologische Überzeugung der Bischöfe eine Art Norm setzt für die Verkündigung in der Landeskirche. Wir sind nicht die letzte Instanz in Lehrfragen. Wir sind nur diejenigen, die sich in besonderer Weise für Lehre und Bekenntnis verantwortlich fühlen sollen. Und so kann der Bischofsrat etwa Beschlüsse der Landessynode beanstanden, wenn er sie für bekenntniswidrig hält. Zuletzt kam das vor, wir erinnern uns, im Jahr 1997 bei der nordelbischen Debatte um Lebensformen.

Die entscheidende Grundlage aber für unser Thema heute liegt in folgenden Worten: „Eine besondere Aufgabe der Bischöfinnen und Bischöfe ist es, die Stimme des Evangeliums in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, zu geistlichen wie ethischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, wie es auch sonst dem Auftrag der Verkündigung entspricht, und darüber den Dialog mit anderen zu suchen.“ Und weiter: „Sie“ (also die Bischöfinnen und Bischöfe) vertreten die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland im kirchlichen und öffentlichen Leben.“

Hört sich zunächst plausibel an, ist aber tatsächlich eine Diskrepanz. Ich merke sie jedenfalls täglich sehr deutlich: Einerseits ist unsere Nordkirche deutlich antihierarchisch von unten nach oben aufgebaut. Die einzelne Kirchengemeinde, die einzelnen Dienste und Werke haben eine hohe Autonomie. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst. Auch sind Pastoren und Pastorinnen in ihrer Verkündigung unabhängig und allein an Schrift und Bekenntnis gebunden. Ja, letztlich bedeutet die reformatorische Auffassung vom allgemeinen Priestertum, dass jeder Christenmensch wenigstens in seinem direkten Lebensumfeld zur Verkündigung des Evangeliums aufgerufen ist. Sehr gut so.

Andererseits sind die bischöflichen Personen ausdrücklich und mehrfach als diejenigen benannt, die unsere Nordkirche in der Öffentlichkeit repräsentieren, die die Stimme des Evangeliums in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen, die in besonderer Weise für die Einheit der Kirche sorgen sollen. Heißt: Große Aufgaben, kleine Durchsetzungsmöglichkeiten. Dieser Spagat gelingt, aber er gelingt nicht immer. Und: Es gibt eigentlich nur eine Chance, wie man ihn überhaupt bewältigen kann: Kommunikation. Nach innen, nach außen, nach oben, nach unten. Immer wieder. Die Kommunikation mit Protagonisten aller Couleur, mit Kirchenleitungsmitgliedern und Synodalen, politischen Parteien und Gewerkschaftlern, mit Gekränkten, Erschütterten, Erleuchteten, mit Kolleg*innen und Unsympathen, Gleichdenkenden und vor allem Anders-Tickenden, die Kommunikation auch mit denen, die eine Kommunikation ablehnen - sie ist meine Hauptaufgabe. Zeitintensiv, aber spannend, auch kritisch, nützlich - und bisweilen unerquicklich.

Soweit zum bischöflichen Amt. Hinzufügen ließe sich noch, dass das bischöfliche Amt in der Nordkirche schon innerhalb der EKD ein besonderes, weil nicht-hierarchisch ist. Die Bischöfe im Sprengel jedenfalls stehen nicht „unter“ der Landesbischofin, sondern sie bilden gewissermaßen ein nach Funktionen gegliedertes Bischofsamt.

Wichtig ist mir als Fazit dazu: Ich bin als Bischöfin Pastorin und Seelsorgerin. Ich sehe mich in besonderer Weise der Einheit der Kirche in ihrer Pluralität verpflichtet. Und ich betrachte es als meine Aufgabe, die Stimme des Evangeliums in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Damit bin ich schon beim Grundsätzlichen, dem



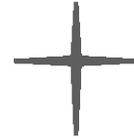
2. Reformatorischen Selbstverständnis.

Christliche Rede ist immer öffentliche Rede. Das ist der biblische Befund: Die Rede von Gott ist immer an das ganze Volk gerichtet. Sie ist keine Sonderveranstaltung hinter verschlossenen Türen, und sie beschränkt sich keineswegs nur auf die Frage des individuellen Seelenheils (wenngleich das immer mitgedacht wird!): Die gesamte Riege der alttestamentlichen Propheten spricht konsequent die aktuellen Themen der Zeit an. Da geht es um Krieg und Frieden, um Gerechtigkeit, um Arm und Reich. „Sie gingen mit bösen Dingen um; der Waisen Sache führten sie nicht zum Erfolg und halfen den Armen nicht zum Recht. Es steht gräulich und grässlich im Lande“, so klagt der Prophet Jeremia um 500 vor Christus (Jer 5,25). Oder der Prophet Amos, noch zwei Jahrhunderte früher: „Denn ich kenne eure Frevel, die so groß sind, wie ihr die Gerechten bedrängt und Bestechungsgeld nehmt und die Armen im Tor unterdrückt.“ (Am 5,12).

Im Neuen Testament ist das zunächst nicht anders, denken wir an Johannes den Täufer, der den Herodes kritisierte und dafür hingerichtet wurde. Bei Jesus haben wir insofern einen Wandel, als die Veränderung der Welt oft auch mit der Veränderung des Einzelnen zusammengedacht wird. Am prägnantesten natürlich in der Bergpredigt: „Selig seid ihr, die ihr Frieden stiftet...Liebt eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen.“ All das sind Aussagen, die sich auf das Leben und Handeln in der Gemeinschaft beziehen. Ja, Jesus sagt auch: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Er beugt dem Missverständnis vor, als strebe er nach Macht wie der König in Jerusalem oder gar der Kaiser in Rom. Dennoch hat er in vielem, was er sagt, einen öffentlichen Anspruch. Das Christentum ist von Anfang an kein Geheimkult, wie es zu jener Zeit so viele gab, sondern es ist öffentliche Religion. Verkündigung auf den Marktplätzen als öffentliche Theologie. Und offenbar so anstößig, dass es politisch verfolgt wird – Petrus und Paulus und die langen Märtyrerlisten der ersten Jahrhunderte geben da furchtbare Anschauung.

Im Laufe der Jahrhunderte, ich kürze ein bisschen ab, wurde die Kirche dann selbst sehr mächtig, der Papst und die Bischöfe wurden Territoralfürsten – ein Missstand, gegen den die Reformation zu recht protestierte. Und so erwuchs daraus Luthers Unterscheidung von den zwei Regimenten: Das geistliche, „welches Christen und fromme Leute macht durch den Heiligen Geist“, und das weltliche, „das den Unchristen und Bösen wehrt, dass sie äußerlich Frieden halten und still sein müssen, ob sie wollen oder nicht.“ Luther ordnet hier also Funktionen zu: Die weltliche Obrigkeit hat ihre Aufgabe, Recht und Ordnung zu halten, hat sich aber aus den Gewissen herauszuhalten. Und das Amt der Verkündigung, letztlich das kirchliche Amt, führt eben nicht das Regiment, sondern verkündet das Wort Gottes. Das ist eine deutliche Absage an jede Form von Gottesstaaten und direkter politischer Machtausübung durch die Kirche –und damit eine der Grundlagen für ein modernes Staatswesen mit der Trennung von Staat und Kirche, wie wir sie heute haben.

Dennoch darf man diese später „Zwei-Reiche-Lehre“ genannten Überlegungen nicht so missverstehen, als dürfe sich die Kirche nicht zu weltlichen Angelegenheiten äußern. Das Gegenteil ist der Fall. Das zeigt sich hier in Hamburg bereits in der Reformationszeit: 1529 soll Bugenhagen helfen, die Beziehung von Kirche und Staat neu zu ordnen, und so schreibt er einen Entwurf, der alle überzeugt – deshalb op Platt natürlich: Der Ehrbaren Stadt Hamburg Christliche Ordnung. Nicht nur eine Kirchenordnung, sondern eine Stadtverfassung. Das erste Kapitel: Über die Schulen. Dann: Armenfürsorge. Dann: es soll ein Stadtarzt ebenso geben wie eine öffentliche Bibliothek, eine neue Ordnung auch der Gottesdienste und Pfarrstellen. Der Ansatz war: Der Glaube ist nichts, was abgesondert in der Kir-



chenbank stattfindet, sondern was geglaubt wird mitten im Leben. Nicht nur sonntags, sondern im Alltag.

Heißt: Der Glaube verändert nicht deshalb die Welt, weil eine mächtige Institution Kirche diese Dinge fordert oder gar durchsetzt, sondern weil mündige und verantwortungsbewusste Christenmenschen in Berufsleben, Wirtschaft und Politik dafür einstehen und Meinung bilden – ein Bildungsprozess in Gegenseitigkeit. Und das bedeutet ja gerade nicht, dass die Kirche zu den Vorgängen in der Welt zu schweigen und sich auf „ihren Bereich“ zu beschränken hätte. Denn inhaltlich hat die Kirche nach reformatorischem Verständnis keinen eigenen Bereich. Sie hat zu predigen in das Leben hinein. Dabei sind die beiden Regimenter formal beschränkt: Das weltliche Regiment führt das Schwert, heute würden wir sagen: Hat die Staatsgewalt inne, führt die Regierung. Die Kirche wirkt nicht durch die Gewalt, sondern allein durch das Wort, *sine vi sed verbo*. Aber dieses Wort ist, wenn es sich an die Allgemeinheit richtet, automatisch auch politisches Wort.

Inzwischen sind Staat und Religion glücklicherweise getrennt, in diesem Jahr ist es genau 100 Jahre her, dass nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Beginn der Weimarer Republik das Bündnis von Thron und Altar endgültig zerbrach. Das Fazit dieses noch immer aktuellen Kirchenkompromisses von Weimar: Die Kirchen haben per se keine politische Macht, sie sind auch keine Parteien. Zugleich aber sind sie Teil der Gesellschaft, gehören zur Polis – haben also als zivilgesellschaftliche Instanz eine öffentliche Verantwortung! Explizit heißt das einzutreten für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung – so der langjährige konziliare Prozess. Um ergo gegen Waffenexporte, Rassismus, Antisemitismus, Flüchtlingsbedrohung das Wort zu ergreifen. Ganz im Sinne des übergreifenden „*Sine vi, sed verbo*.“

In der EKD gibt es deshalb seit langem die Kammer für öffentliche Verantwortung. Sie hat genau diese Aufgabe, Denkschriften und Memoranden zu entwerfen, die zu öffentlichen, meist politischen Fragen, Stellung zu beziehen. Die bekannteste Äußerung ist sicherlich die Ostdenkschrift von 1965. Sie mahnte dazu, den deutschen Anspruch auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu hinterfragen, um dadurch eine Chance zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen zu ermöglichen und auf diese Weise einer gesamteuropäischen Friedensordnung den Weg zu bahnen. Sie hat damit der neuen Ostpolitik der 70er Jahre den Weg gebahnt. Bekannte Denkschriften gab es auch zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Demokratie und zur Friedensfrage.

Historisch sind diese prägnanten Äußerungen auch zu verstehen als eine Absage an das Mitläufertum großer Teile der evangelischen Kirche in der Nazizeit. Es gab zu wenig Mutige und zu viele, die aus einem falschen Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre heraus den Unrechtsstaat sich selbst überlassen hatten. Und so hieß es 1947 im Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche: „Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Unter anderen Vorzeichen, aber auch im totalitären Staat hat sich die evangelische Kirche in der DDR bewähren müssen. Auch sie ist geradezu zum Paradebeispiel für eine Kirche geworden, die sich doch in weiten Teilen als ein Ort verstand, an dem Opposition möglich war. Friedensgruppen, Umweltgruppen, Kriegsdienstverweigerer, Ausreisewillige sammelten sich unter dem Dach der Kirche, und nach der Wende 1989 entstanden die politischen Parteien oft aus jenen Kreisen heraus. Viele Abgeordnete der ersten frei gewählten Volkskammer 1990 hatten das parlamentarische Handwerk in den evangeli-



schen Synoden gelernt, viele waren Pastoren oder Katechetinnen gewesen und wurden nun zu politischen Repräsentanten.

Wie prägend das war, wird mir immer wieder deutlich im Gespräch Kolleginnen und Kollegen aus Mecklenburg und Pommern, gerade auch jetzt 30 Jahre nach dem Mauerfall. Gerade in Mecklenburg lebt ein Geist in der Pastorenschaft fort, der zunächst einmal die Distanz zum Staat sucht, ja auch den Widerspruch. Auch wenn die Verhältnisse jetzt andere sind als zu DDR-Zeiten.

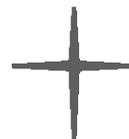
Das war nun ein Parforce-Ritt durch die alte und jüngere Kirchengeschichte, aber es war mir wichtig, gründlicher auf das reformatorische Selbstverständnis unserer Kirche einzugehen. So komme ich nun zum dritten Punkt: dem Wirken der Nordkirche und ihrer Bischöfinnen und Bischöfe in der Öffentlichkeit.

Einige Voraussetzungen hatte ich bereits genannt: Der christliche Glaube beschränkt sich nicht auf persönliche Frömmigkeit, so wichtig diese ist, sondern er gestaltet Gemeinde und Gemeinschaft – gerade auch im Sinne einer Gemeinwesenorientierung. Dann: Die Predigt in unseren offenen Gottesdiensten ist öffentliche Rede. Und in dem Sinne, in dem sie sich an eine Gemeinschaft richtet, ist sie auch politisch. Wenn auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung das Wort Jesu auszulegen ist: „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen“, dann bekommt alles, was man dazu sagt - oder nicht sagt! - auch eine politische Bedeutung. Wenn hier in Hamburg der Ausnahmezustand herrscht wegen eines G20-Gipfels mit vielen Menschen, die fassungslos erleben, wie ihre Stadt verwundet wird, wäre es geradezu absurd, in einer Predigt keine Brücke zu dieser Gegenwart zu schlagen.

Und zugleich: Eine Predigt ist eine Predigt ist eine Predigt. Sie ist keine Wahlkampfrede, sie ist keine Regierungserklärung, sie ist kein politisches Seminar. Sie ist auch nicht einfach die Äußerung einer privaten politischen Meinung. Eine Predigt ist das Wort Gottes, das in unsere Zeit hinein spricht, vermittelt durch den Prediger oder die Predigerin. Als evangelische Predigt ist sie dem Freiheitsgedanken verpflichtet. Dazu hat der EKD-Kulturbeauftragte Johann Hinrich Claussen Bedenkenswertes gesagt, ich zitiere: „Deshalb darf sie (die Predigt) nie den Eindruck erwecken, als würde in ihr eine Institution höherer Ordnung eine unbestreitbare Wahrheit verkünden...Deshalb ist der Prediger gut beraten, selbstkritisch zu bleiben. Er sollte die Grenzen des eigenen Wissens benennen...Im Unterschied zu Parteien und Interessenverbänden sollte er stets auch das relative Recht des anderen mitbedenken.“

Schlicht gesagt: Pastor*innen sind keine Politiker. Bischöfe und Bischöfinnen in einem demokratischen Staat sind keine Nebenregierung und keine Ersatzopposition. Nicht, weil sie nicht dieselben Themen ansprechen könnten – sondern weil sie sie anders ansprechen. Eventuell mit anderer Begründung, gerne in anderer Sprache, ganz sicher auf anderer Grundlage und ganz bestimmt in einer anderen Rolle. Ob auf der Kanzel, in den Medien oder auf der Straße, das hängt von der Situation ab.

Und von uns – wenn wir etwa eine Jahreslosung wie die für 2019 haben, ist das eine Zeitansage, die man hätte erfinden müssen, wäre sie nicht längst da. Suche Frieden und jage ihm nach. Wir haben allen Grund dazu. Europäische Nationalismen, Chemnitz, Seawatch, rechte Parolen. Und ich beobachte, dass die Menschen dazu nicht mehr schweigen wollen. Bestes Beispiel: Vor fünf Monaten die Demonstration „Seebrücke Hamburg“ . 16 000 Hamburgerinnen und Hamburger waren auf der Straße, viele Kirchenleute darunter, danke dafür! Sie hatten sich aufgemacht, weil vielen klar geworden war: Es braucht jetzt eine aktive Bewegung, wenn man so will der Nächstenliebe, um diese Dy-



namik des Hasses aufzuhalten und umzukehren. Und mehr noch: Wir alle haben verstanden, dass Demokratie kein Selbstgänger ist. Sondern – jage dem nach dass man Haltung und sich selbst zeigt. Ich habe bei der Kundgebung für viele sprechen dürfen: „Wir werden nicht dulden, dass man Flüchtlinge auf See ertrinken lässt und auch nicht, dass sie angepöbelt und zusammen geschlagen werden! Wenn wir hier irgendeine Unklarheit lassen, sind wir schon auf dem Weg in die Barbarei.“

Ähnlich war es im Jahr davor auf dem G20-Gipfel, wo wir als Kirchen gemeinsam ein ökumenisches Programm mit über 50 Veranstaltungen aufgelegt hatten, ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsprogramm wie sonst keine andere Organisation. Denn es ging ja irgendwie auch im Inhalte??! Und auch dort bin ich gemeinsam mit vielen Menschen aus Politik, Kirchen und Kultur auf die Straße gegangen, um Haltung zu zeigen für Demokratie, gegen autoritäre Regierungen und Rechtspopulismus. Das fanden längst nicht alle gut in der Kirche – manche fanden mein Engagement viel zu zahm, anderen ging es viel zu weit. Aber das ist in einer Kirche, die genauso pluralistisch ist wie die Gesellschaft insgesamt, ebenso in Ordnung wie es Teil des Themas Macht und Mandat ist. Heißt: mir hat hier gefehlt, dass wir den Diskurs führen. Und zwar mit einem inhaltlich neuen Ansatz etwa zum Gewaltbegriff. –Es gab sicherlich Versuche, von allen Seiten – Stichwort Kommunikation! – doch ist es einfach nicht gelungen, in nicht nur kontroverser, sondern emotional aufgeladener Atmosphäre zu einer Position zu kommen. Schade.

Ich will ein drittes Beispiel nennen, weil es mir wichtig ist: Der Interreligiöse Dialog und hier insbesondere auch unser öffentliches Friedensgebet, das wir einmal jährlich in Hamburg feiern. Ich weiß nicht, ob allen klar ist, wie besonders es ist, wenn die leitenden Menschen der großen Weltreligionen in aller Öffentlichkeit miteinander zum Gebet zusammenkommen. Es gibt nicht viele Orte auf unserem Planeten, an dem das möglich ist und geschieht. Wir verstehen das als einen Friedensdienst an der Gesellschaft, und es sind gar nicht die großen Worte, sondern die zeichenhafte Handlung, die hier zählt. Und wenn ich dabei als Bischöfin die größte Religionsgemeinschaft in Hamburg vertrete, dann ist das eine Aussage. Ich könnte mich gar nicht „nicht-interreligiös“ verhalten in einer so vielfältigen Stadt wie Hamburg.

Vielleicht macht auch das noch einmal deutlich, wie das Amt der Bischöfin konstruiert ist. Es geht immer um Kommunikation und Dialog, es geht um den Dienst an der Einheit, die nicht Vereinheitlichung bedeutet, sondern eher Einmütigkeit. Nicht umsonst steckt Mut in dem Wort: es geht nämlich auch darum, Kontroversen einmal durchzustehen, und so zur Wahrheitsfindung beizutragen. Das gelingt mal besser, mal schlechter, klar. Aber genau deshalb auch rede ich täglich mit den unterschiedlichsten Menschen und vor den unterschiedlichsten Menschengruppen. Angefangen von Jugendlichen, Politikerinnen aller Couleur und Unternehmerinnen bis hin zu Soldaten, Friedensforscherinnen, Flüchtlingen. Überraschend viele sind Mitglied der Kirche, immer noch. So sehe und erfahre ich jeden Tag die protestantische Vielfalt. Natürlich beziehe ich in meinem öffentlichen Auftreten Position. Aber ich behalte dabei im Blick, dass ich eben die Bischöfin aller dieser Kirchenmitglieder bin. Nicht ihre politische Gegnerin, nicht Parteivertreterin, sondern ihre Bischöfin. Nur auf diese Weise übrigens erreiche ich sie.

Ich komme zum Schluss. Ich sprach von dem Spagat, den ich als Bischöfin oft erfahre: Außenstehende denken, ich allein hätte die Leitungsmacht. Fakt ist, es ist ein Amt innerhalb einer ganzen komplizierten Struktur. Dies wohlgermerkt gesagt ohne Lamento: ich bin (meist) auch unendlich dankbar dafür, dass dies so ist. Wo an den entscheidenden Stellen gewählte Ehrenamtliche wirken, wo die



Gemeinden und Einrichtungen weitgehend autonom sind, wo Räte und Synoden letztverantwortlich über Personal, Strukturen und Ressourcen entscheiden. Als Bischöfin habe ich da nur ein Amt unter vielen – vielleicht allerdings auch manchmal das, daran zu erinnern, dass wir nicht einfach eine Institution sind, eine NGO, eine Behörde oder gar ein Unternehmen. Sondern Kirche, Volk Gottes, Leib Christi.

Vielen Dank – ich freue mich auf die Debatte.